



Positionierung gegenüber rechtspopulitischen Haltungen

Präambel:

Bündnis 90/Die GRÜNEN bekennen sich zu den demokratischen Werten der Vielfalt, Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der europäischen Gemeinschaft. Der Kreisverband Wiesbaden positioniert sich in seinem gesamten politischen Handeln deutlich und proaktiv mit GRÜNEN Werten, Inhalten und Positionen und sichert deren öffentliche Präsenz.

Wir nehmen Menschen als Individuen mit unterschiedlichen Eigenschaften wahr und bewerten sie allein auf Basis ihrer Handlungen und Entscheidungen.

In unserem inneren wie äußeren Auftreten und Verhalten stehen wir entschlossen für Menschenwürde, die Grundrechte, die Prinzipien des Sozial- und Rechtsstaates und die Pressefreiheit ein.

Bündnis 90/Die GRÜNEN sind der festen Überzeugung, dass sich der demokratische Meinungsstreit um die besten Lösungen lohnt.

Wir werben bei allen Menschen um Zustimmung für unsere Programmatik und unsere Handlungsangebote, geben niemanden verloren.

Beschreibung der Problemgruppe:

1. Rechtspopulistische Haltungen verweigern den Respekt vor den im Grundgesetz festgeschriebenen Prinzipien der Rechts- und Sozialstaatlichkeit, der Grundrechte sowie der Menschenrechte. Rechtspopulistische Handlungen stellen sie mit fortgesetzten Provokationen in Frage, säen in der allgemeinen Öffentlichkeit fortwährend Zweifel an der Möglichkeit eines friedlichen, rechtsstaatlichen Miteinanders und signalisieren einem rechtsradikalen Umfeld inhaltliche Nähe.
2. Rechtspopulistische Haltungen und Handlungen würdigen Andersdenkende und Anderslebende gezielt herab, spalten unsere Gesellschaft und hetzen Menschen gegeneinander auf. Dies benennen und verurteilen wir, unabhängig davon, ob das Verhalten bei Einzelpersonen oder Personengruppen wie Initiativen oder Parteien beobachtet wird.
3. Sämtliche Amts- und Mandats-Träger*innen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen tragen Verantwortung für den Gesamtkurs ihrer Organisation.
4. Die AfD ist eine solche rechtspopulistische Organisation.

Handlungsempfehlungen im Umgang mit rechtspopulistischen Personen und Gruppierungen:

1. In Parteien, die konstruktiv und demokratisch um die besten Lösungen streiten, sehen wir Partner, die Demokratie zu erhalten und Minderheiten zu schützen.
2. Wir geben rechtspopulistisch gesinnten Personen und Gruppierungen keine Gelegenheit zur Täter-Opfer-Umkehr.
3. Wir übernehmen kein rechtspopulistisches Vokabular und stärken nicht die öffentliche Sichtbarkeit rechtspopulistischer Inhalte und Handlungsweisen. Wir benennen und verurteilen wiederkehrende, entmenschlichende, destruktive Muster.
4. Wir scheuen keine öffentlichen Auseinandersetzungen auf Podien, in gemeinsam besuchten Veranstaltungen und moderierten Diskussionen. Allerdings grenzen wir uns von Veranstaltungen ab, die erkennbar von rechtspopulistischen Gruppierungen oder ihnen nahestehenden Organisationen ausgerichtet werden.
5. Wir gestehen Amts- und Mandats-Träger*innen ebenso wie Provokateur*innen aus dem rechtsradikalen Lager auf von Bündnis 90/Die GRÜNEN organisierten Veranstaltungen kein Rederecht zu und benennen die Gründe hierfür. Auch bei Veranstaltungen, die wir mittragen, bieten wir ihnen kein Forum und begründen dies.
6. Unsere Kritik an rechtspopulistischer Programmatik, Haltung und Handlung erfolgt stets sachgerecht, zielgerichtet und selbstbestimmt. Wir demontieren rechtspopulistische Äußerungen durch Hintergrundfragen, geben jedoch dem Gegenüber keine Möglichkeit zur Instrumentalisierung. Wir prüfen die Intention des Gegenübers, wahren persönliche Form, inhaltliche Distanz und den gesellschaftlichen Konsens, nach Fakten zu handeln.
7. In Versammlungen, Gremien und Foren unterbrechen wir gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei jeder passenden Gelegenheit und verweisen auf die konkret zu behandelnden Probleme.
8. Der Kreisverband ist Mitglied in Bündnissen, die unsere demokratischen Grundwerte teilen und sich gegen anti-demokratische, sexistische und rassistische Organisationen positionieren. Nach Prüfung des Einzelfalls durch den Vorstand unterstützen wir Proteste und Aktionen, die von diesen oder anderen Bündnissen und Organisationen geplant werden.
9. Im öffentlichen Meinungsstreit mit Menschen anderer Überzeugungen wahren wir stets wechselseitigen Respekt. Wir formulieren Positionen als positive Ziele inhaltlich, unmissverständlich und friedlich.